

VA Schulte erläutert die Planungen zur Ergebnisrechnung. Durch Einführung der Doppik werden erstmalig die Abschreibungen in Höhe von rund 50 Mio. Euro und die aufzulösenden Zuschüsse in Höhe von rund 24 Mio. Euro veranschlagt. Die Ergebnisrechnung ist vergleichbar mit der kaufmännischen Gewinn- und Verlustrechnung. Demgegenüber stellt die Finanzrechnung die Zahlungsströme dar. Zu Ziffer 2.3 (Seite 6 der Sitzungsvorlage) ist der voraussichtliche Darlehensstand am 31.12.2010 um die Haushaltseinnahmereste 2009 in Höhe von 573.390,98 Euro zu ergänzen, so dass dieser 11.992.092,30 Euro beträgt.

Auf Nachfrage von RM Eggerichs, welche mögliche Tarifsteigerung veranschlagt wurde, teilt BM Böhling mit, dass diese linear mit 3% für 2010 und die Folgejahre kalkuliert wurde. Auf weitere Nachfrage, ob Straßenreparaturkosten wegen der Frostschäden und die höheren Kosten für Streusalz angesetzt wurden, teilt BM Böhling mit, dass hierüber im Fachausschuss beraten wurde und Mittel für Reparaturen eingeplant sind. Die Kosten für Streusalz veranschlagt die AöR Baubetriebshof. Die Anfrage nach den Kosten für den Messestand Marketing wird dahingehend beantwortet, dass es sich hierbei um Veranstaltungskosten handelt, die im laufenden Etat veranschlagt sind.

BM Böhling führt aus, dass bei der Finanzplanung für die Jahre 2011 ff. die Steuerschätzung von einem Wachstum von 8% ausgeht. Die derzeitige Finanzlage ist dem Rückgang der Einkommensteuer und dem kommunalen Finanzausgleich geschuldet. Er betont, dass das Land Niedersachsen seine Kommunen im Rahmen des Finanzausgleichs nicht gut ausstattet. Insbesondere verweist er auf die Änderung zum kommunalen Finanzausgleich vor 5 Jahren, in dem die Verteilungsmasse um rund 150 Mio. Euro gekürzt wurde. In anderen Bundesländern bestehen bessere Bedingungen. Weiterhin ist die Kreisumlage mit 54 Punkten vergleichsweise hoch. Schortens leistet sich viele Einrichtungen und eine vorbildliche Kinderbetreuung. Er ist optimistisch bei der Steigerung der Einkommensteuer. Gleichzeitig sollte die Senkung der Kreisumlage und eine sparsame Mittelverwendung weiterverfolgt werden.

Auf Nachfrage von RM Freygang hinsichtlich der Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes teilt VA Schulte mit, dass dieses derzeit nicht dezidiert beziffert werden kann.

RM Just verweist darauf, dass sich die Schulden in den Folgejahren jährlich um rund 1 Mio. Euro erhöhen werden. Auf die Senkung der Kreisumlage muss daher verstärkt Einfluss genommen werden. Andererseits muss sich die Stadt an ihre finanziellen Möglichkeiten anpassen, da sich diese zu viel leistet, wie z.B. Stadtmarketing, Familienzentrum, Ankauf nicht benötigter Gewerbeflächen.

RM Homfeldt betont, dass die Finanzprobleme nicht hausgemacht sind. Bund und Land sind hier ein schlechtes Vorbild. Eine bessere Vermarktung der Stadt ist alternativlos. Wichtig ist, das Geld intelligent auszugeben. Dieser Haushalt stellt einen Übergangshaushalt dar. Durch Einführung des doppelten Haushaltes und flächendeckender Kosten- und Leistungsrechnung würden sich bessere Steuerungsmöglichkeiten ergeben. Einzelne Dinge in Frage zu stellen, sei nicht der richtige Weg. Wichtiger ist es, Neubürger mit gutem Einkommen zu akquirieren.

RM Eggerichs stellt fest, dass die Fraktionen diesbezüglich unterschiedliche Wege gehen. Obwohl die CDU-Fraktion seit 14 Jahren die Mehrheit hat, hat sich die Situation auch nicht verbessert. Diese habe letztes Jahr die Zusammenarbeit unter Hinweis auf die Gründung einer Arbeitsgruppe auch mit externen Beratern abgelehnt.

RM Schneider stellt die Notwendigkeit der Investitionen für Marketing in Frage, wenn gleichzeitig die Kommunen aufgrund der Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes freiwillige Leistungen streichen müssen.

RM Just wirft der CDU-Fraktion vor, die Lösung der Probleme wieder auf das nächste Jahr zu verschieben oder auf Vorschläge anderer zu warten. Eine kreative Maßnahme sei es nicht, pauschal 10% zu kürzen. Das Controlling befindet sich noch im Aufbau. Eigene Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung sind von der CDU-Fraktion nicht gekommen.

RM Homfeldt verweist RM Just darauf, dass dieser in der damaligen Mehrheitsgruppe Verantwortung hätte tragen können, hierzu aber nicht bereit war. Ergebnis der 2007 eingerichteten Arbeitsgruppe Aufgabenkritik war insbesondere, Controlling wieder einzuführen. Der Aufbau des Berichtswesens sollte schneller vorangehen. Im Herbst werde die CDU-Fraktion weitere Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung vorlegen. Richtig ist, dass eine pauschale Kürzung der Ausgaben wenig kreativ ist – Steuererhöhungen dagegen allerdings auch. Die Stadt leistet sich rund 3 Mio. Euro freiwillige Leistungen. Insbesondere muss geprüft werden, wie die Einnahmesituation der Stadt zu verbessern ist.

BM Böhling unterstreicht, dass im Hinblick auf das Wachstumsbeschleunigungsgesetz Steuererhöhungen kontraproduktiv sind. Es müssen gemeinsame Anstrengungen unternommen werden, um Verbesserungen zu erzielen. Die Einrichtungen der Stadt Schortens suchen seinesgleichen und stehen nicht zur Disposition. Er verweist auf die umfangreichen zusätzlichen Angebote wie Arche, Krippe und Ferienbetreuung.

RM Eggerichs stimmt zu, dass die Finanzprobleme der Stadt nicht hausgemacht sind. Er betont die gute Zusammenarbeit in den Fachausschusssitzungen. Die derzeitige Finanzentwicklung war so nicht absehbar. Er verweist auf die Hinweise der SPD-Fraktion zur Kappung der Wirtschaftsförderung und zur Untersuchung der Fördermöglichkeiten aus dem Konjunkturpaket II für das Jahr 2010. Grundsätzlich macht er die Ablehnungshaltung der SPD-Fraktion deutlich. Dieses betrifft nicht den Haushalt an sich, sondern das Haushaltssicherungskonzept.

Nach weiteren kontroversen Diskussionsbeiträgen von

- RM Just zu Personalkosten, Marketing, Ankauf von Gewerbegrundstücken
- RM Fischer zu ordnungsrechtlichen Kontrollkräften, Ausschüttung Verkauf EWE-Anteile, Planungen zu Sportplatzsanierungen und –erweiterungen, Schuldentilgung, Abwassergebühr
- RM Riemer zu Ganztagschulen und Wunsch auch zukünftig im Einzelfall über

Maßnahmen entscheiden zu können

- RM Homfeldt und RM Just zu Controlling

verweist BM Böhling darauf, dass Controlling im doppelten Haushalt vom Gesetzgeber gefordert ist. Dieses ist allerdings kein Allheilmittel. Die Ausgestaltung obliegt der jeweiligen Kommune.

RM Eggerichs beantragt getrennte Abstimmung zu den einzelnen Beschlussformulierungen und Änderung des letzten Satzes dahingehend, dass der Bürgermeister beauftragt wird gemeinsam mit den Fachbereichsleitern Einsparmöglichkeiten von durchschnittlich 5% zu vereinbaren. Ein gegenseitiger Ausgleich unter den Fachbereichen sollte möglich sein. Er begründet dieses damit, dass eine pauschale Kürzung im Einzelfall keinen Sinn macht und zurzeit gerade eine Erhöhung der Unterhaltungszuschüsse an die Vereine geprüft wird. Bis Ende Juni liegt auch die Steuerschätzung aus Mai des laufenden Jahres vor, so dass dann genauere Angaben über die Entwicklung der Einnahmen vorliegen.

Zu Satz 1-3 wird mehrheitlich bei einer Gegenstimme und zu Satz 4 einstimmig empfohlen: